

Beschluss des Bundes- und Landesvorstands von CDA und CSA
am 2. Juli 2022 in Wiesbaden

Menschen mit kleinem Einkommen vor der Inflation schützen

Die steigenden Lebenshaltungskosten belasten alle Menschen in Deutschland. Aber sie wirken sich besonders drastisch auf Haushalte mit kleinen Einkommen aus. Wer vorher schon keine Spielräume zum Sparen hatte, kommt schnell an seine Grenzen.

Während die Belastungen den zehn Prozent der Haushalte mit dem höchsten Einkommen derzeit bei rund zwei Prozent des Nettohaushaltseinkommens liegen, liegen sie bei den zehn Prozent mit dem geringsten Einkommen schon bei 6,7 Prozent. Gleichzeitig muss man davon ausgehen, dass sich die Preise für Waren des täglichen Bedarfs auch in der zweiten Jahreshälfte 2022 weiter erhöhen werden.

Die Menschen brauchen in Zeiten hoher Inflation verlässliche Unterstützung. Die CDA Deutschlands fordert schnelle Entlastungen für die Menschen mit kleinem Haushaltseinkommen und ihre Familien. Diesen Menschen ist nicht mit einem Strohfuder aus Einmalzahlung oder dreimonatiger Preissenkung geholfen, sie müssen sicher sein, dass sie sich auch im nächsten Jahr noch eine warme Wohnung, den Weg zur Arbeit und die wichtigsten Grundnahrungsmittel leisten können.

Der Staat kann die Inflation nicht für alle Menschen in Deutschland abfedern. Das überfordert ihn finanziell. Aber er hat die Pflicht, den Menschen zu helfen, die durch die steigenden Preise an ihre Grenzen kommen. Das sind vor allem Erwerbstätige in den unteren Einkommensgruppen aber auch andere Gruppen wie Rentner mit kleinen Renten, Kleinstselbständige und Leistungsbezieher. Dazu muss er für gezielte Zuwendungen sorgen und ehrenamtliches Engagement zum Beispiel in Wärmestuben und den Tafeln absichern.

Wir fordern:

1. Ein Recht auf eine warme Wohnung.

Eine warme Wohnung muss für jede und jeden finanzierbar bleiben. Während für Empfänger von Grundsicherungsleistungen die steigenden Heiz- und Warmwasserkosten in der Regel über leistungsfähige Systeme aufgefangen werden, werden sie für Geringverdiener in Lohngruppen unmittelbar oberhalb des Mindestlohnes, Studierende und Rentner zum Riesenproblem. Das könnte über eine kurzfristige Erhöhung des Wohngeldes erfolgen. Zusätzlich braucht es dringend eine Lösung, dass Menschen, die hohe Nachzahlungsforderungen nicht begleichen können, Strom und Gas nicht abgestellt wird.

2. Ein Recht auf einen vollen Magen.

Die Kostenexplosion betrifft nicht nur die Energieträger Gas und Öl. Auch die Preise für Grundnahrungsmittel steigen rasant. Milch, Butter, das frische Brot und das Stück Fleisch werden für manche Menschen zunehmend zum Luxusgut. Personengruppen mit geringen Haushaltseinkommen – insbesondere auch unter den Rentnern, Studenten und Auszubildenden – muss mit gezielten Hilfen unter die Arme gegriffen werden. Dazu könnte ihnen zum Beispiel ein Rabatt auf den Einkauf von Brot, Milch, Butter, Mehl, Eiern, Fleisch, Käse, Gemüse, Obst und Mineralwasser per App gewährt werden.

3. Ein Recht auf Mobilität.

Besonders belastet sind auch Berufspendler, die täglich zur Arbeit fahren und auf das Auto angewiesen sind, weil sie z.B. in ländlichen Regionen wohnen oder die Schicht um sechs Uhr morgens beginnt und die Preisentwicklung an den Zapfsäulen zu spüren bekommen. Dazu könnte zum Beispiel ein Entfernungsgeld eingeführt werden, das allein an der gefahrenen Strecke zum Betrieb oder ins Büro bemessen und – statt der Pendlerpauschale – als Zuschlag für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgezahlt werden könnte.